

Wie war das nochmal mit den Sprechakten? Oder: Fast schon ein Eingeständnis

Manche Regung des Rosbacher Bürgermeisters ist geradezu entlarvend. Während der Friedrichsdorfer Bürgermeister in seinen Äußerungen, jüngst in einem [Interview mit der Wetterauer Zeitung](#), trotz aller Ablehnung des Gewerbeparks Dickmühle einen moderaten, sachlichen Ton anschlägt, hört man aus Rosbach nur Vorwürfe, besonders, **man sei von Friedrichsdorfer Seite nicht auf angebliche Gesprächsangebote eingegangen**. So heißt es u.a. in einem Schreiben an den Friedrichsdorfer Bürgermeister und einem an die Regierungspräsidentin in Darmstadt, das Herr Alber zunächst nur auf den Rosbacher Facebook-Seiten (!) publiziert hat. Von echten Gesprächsangeboten mit Beteiligungs- und Einwirkungsmöglichkeiten kann bisher aber keine Rede sein. **Die bisherige Informationspolitik aus dem Rosbacher Rathaus entsprach eher einem „Friss oder stirb!“** – oder anders ausgedrückt: „Akzeptiert einfach widerspruchslos unsere fragwürdige Vorstellung von guten Arbeitsplätzen und dass ihr eben den Lärm und die Umweltverschmutzung abbekommt!“

Aufschlussreich, wenn auch den Fakten widersprechend, ist die Behauptung, Herr Alber habe das Gespräch mit dem Friedrichsdorfer Bürgermeister und dem Burgholzhausen Ortsvorsteher gesucht, allemal. Nein, er hat beide **lediglich „informiert“**, so sein eigener wiederholter Sprachgebrauch, z.B. auf der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit dem Bau- und Planungsausschuss am 4.5.2017. Das Wort selbst gibt schon Auskunft darüber, dass dies **eine einseitige Kommunikation** ist: Einer informiert/spricht, der andere nimmt zur Kenntnis/hört zu. Ein Gespräch, das diesen Namen verdient, würde hingegen eine wechselseitige Kommunikation – am besten auf Augenhöhe –, einen Dialog voraussetzen. **Wer sein Gegenüber einfach nur informiert, ist an einem ergebnisoffenen Gespräch, an einer Lösung, die das Gegenüber, den Nachbarn, mit einbezieht, nicht interessiert**. Da steht schon fest, was dabei herauskommen soll. Widerspruch zwecklos, Gegenargumente unerwünscht. **Die Schaffung von Arbeitsplätzen**, und seien die Rahmenbedingungen noch so fragwürdig, **dient dann als Totschlagargument, das jegliche Fragen nach der Sinnhaftigkeit der Standortwahl** und konkreten Planungen im Keim **ersticken soll**. Eine weitsichtige Planung, der es wirklich um die in der Region Wohnenden geht, würde hingegen

- a) mit konkreten Zahlen operieren [Wie hoch ist der **Bedarf an Arbeitsplätzen** in der Logistikbranche und den unteren Lohngruppen **de facto**? Welche **Erschließungskosten** kommen auf die Stadt Rosbach, welche auf den Investor zu, erst recht, wenn eine Abwasserentsorgung nicht über Burgholzhausen möglich ist und andere teure Maßnahmen zum Umwelt- und Anwohnerschutz nötig werden? Sind die **Gewinnerwartungen** realistisch?] und
- b) von vorneherein einen **geeigneten Standort** suchen, bei dem der zu erwartende Nutzen und die Lasten nicht derart ungleich verteilt sind.

Wenn man genauer hinsieht, muss man auch konstatieren, dass die seitens Herrn Alber vorgebrachten Argumente die **Fehlplanung** eines 34 ha großen Gewerbeparks an der Dickmühle kaum verschleiern können: Was sind ganze 30 neue Sozialwohnungen, die an der „Sang“ in Ober-Rosbach gebaut werden sollen, angesichts von 600–800 Arbeitsplätzen im vorwiegend unteren Lohnniveau? **Mit den Gehältern, die in der Logistikbranche gezahlt werden, kann man sich jedenfalls keine Wohnung in Burgholzhausen oder Rodheim leisten**. Man muss den Begriff der Region schon sehr weit fassen, will man Arbeitslose finden, die von diesem Arbeitsplatzangebot wirklich profitieren könnten – was dann nichts anderes bedeutet als eine weitere Zunahme des Individualverkehrs. Um eine Anwesenheit zu Schichtbeginn in den frühen Morgenstunden zu gewährleisten, müsste der ÖPNV nicht nur mit Verbindungen von Friedrichsdorf und Rosbach her massiv ausgebaut werden (Achtung, auch das stellt eine Lärm- und Abgasbelastung der Anwohner dar!), sondern es gibt ja auch kaum Querverbindungen unter den Orten

der Region; bisher ist alles auf Frankfurt als Zentrum ausgerichtet und die Anfahrt und Umsteigezeiten sind entsprechend lang. Es gäbe auch unter diesem Aspekt **wahrlich geeignetere Standorte**, von den vielen ökologischen Faktoren und dem Anwohnerschutz ganz zu schweigen.

Herrn Albers Erwartung, die er seinerseits in dem o.g. Brief an die Regierungspräsidentin ausdrückt, dass die Errichtung des Gewerbeparks zu einer **Verminderung des Verkehrsaufkommens** führen könne, ist angesichts der Wohnungspreise in der Region und allein der zu erwartenden zusätzlichen 200–500 Lkw-Bewegungen pro Tag hingegen geradezu **absurd!** Man kann nur hoffen, dass die Regierungspräsidentin, bei der man ja keine genauere Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort voraussetzen darf, dieses Manöver und diese (gezielte?) **Fehlinformation** durchschaut! Ganz abgesehen davon, dass ein solcher Gewerbepark den Burgholz Häusern nicht im mindesten zugutekäme: Ich kenne keinen einzigen Anwohner im Gebiet um die Weinstraße, der arbeitslos wäre. Im Gegenteil: **Die Anwohnerschaft setzt sich fast ausschließlich aus Akademikern, Besserverdienenden und Ruheständlern zusammen. Von den hier im näheren Umkreis Wohnenden braucht niemand einen schlecht bezahlten Logistik-Arbeitsplatz!** Und ganz bestimmt wird niemand hier einen gut bezahlten Job aufgeben, nur um künftig für wesentlich weniger Geld vor der Haustür arbeiten zu können. Denn nach kurzem wäre dann nicht mehr genug Geld für die bisherige Wohnung vorhanden... **Nein, wir werden Ihnen nicht dankbar für die Schaffung von Arbeitsplätzen ohne jegliches Augenmaß um den Hals fallen, Herr Alber! Geben Sie bitte nicht vor, unsere Bedürfnisse besser zu kennen als wir selbst!** Sie zeigen damit nur Ihre mangelnde Bodenhaftung und fehlenden Sinn für die Nöte und Sorgen der Anwohner. Wenn es so wunderbar ist, solch ein Gewerbepark in unmittelbarer Nähe zu haben, warum bauen Sie ihn dann nicht vor Ihre eigene Haustür (oder wandeln die bald frei werdenden REWE-Flächen dazu um)? Stattdessen setzen Sie ihn an den äußersten Rand Ihrer Kommune, weit weg von den Häusern Ihrer Wähler (2018 lässt grüßen!), aber uns direkt vor die Nase. Das macht Ihr Argument zutiefst unglaubwürdig!

Und wenn diejenigen, die jetzt noch meinen, die Belastung durch Lärm und Abgase werde schon nicht so schlimm und der geplante Gewerbe-„Park“ so schön grün werden wie in den Hochglanz-Präsentationen der Firma VGP, in den frühen Morgenstunden von krachenden Paletten und die Straße entlangdonnernden Lkw aus ihren Träumen gerissen werden und beim Spaziergang mit dem Hund Atemprobleme bekommen, wird niemand mehr auch nur im entferntesten an einen Rückbau des Gewerbeparks denken. **Die jahrelange Bauruine BER sollte uns eigentlich lehren, planerische Details nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und allzu vollmundigen Versprechen von Investoren und Bauplanern besser nicht zu viel Vertrauen entgegenzubringen!**

Auch das Argument, man wolle ja auch **lokales Gewerbe** ansiedeln, vermag nicht zu überzeugen: Die in den gegenwärtigen Plänen ausgewiesene Fläche von 6-7 ha entspricht genau der Fläche, die an Boral und das Zementwerk angrenzend schon als **gewerbliche Erweiterungsfläche im Regionalen Flächennutzungsplan** ausgewiesen und genehmigt ist! Wenn es Herrn Alber also um die Ansiedelung lokalen Gewerbes ginge, könnte er dies ohne Probleme und vermutlich auch ohne nennenswerte Einsprüche aus Burgholzhausen tun, da dann auch **nötige Abstände zur Wohnbebauung** gewahrt blieben, eine einigermaßen große **Frischluftschneise** für die umliegenden Orte erhalten werden könnte sowie ein **Minimum an Schutz für die Erlösbachauen** gewährleistet wäre. Nein, es geht ihm ganz offensichtlich vorrangig doch um den Großinvestor VGP und seine eigene Profilierung!

Man bekommt zudem den Eindruck, ein kleines gallisches Dorf namens Burgholzhausen habe die Pläne des Rosbacher Bürgermeisters, ohne großes Aufsehen und ohne Gegenstimmen aus der Bevölkerung seine Pläne durch die Stadtverordnetenversammlung zu bringen, durchkreuzt, indem sie diese Pläne nicht nur publik gemacht haben, sondern auch gleich an ihre Ver-

treter in der Lokalpolitik und die Presse herangetreten sind. **Dass der Friedrichsdorfer Bürgermeister die Sorgen seiner Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, kann wohl niemand ernsthaft bemängeln. Das ist sein Job.** Und kein Grund, ihm einseitige Stimmungsmache vorzuwerfen. **Die einseitige Betrachtungsweise liegt ganz auf Seiten der Befürworter des Projekts**, die die zahlreichen Gegenargumente einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollen, weil sie die Aussicht auf sehnlichst erwartete Einnahmen für die klamme Gemeindekasse schmälern würden.

Insofern ist die Argumentation, die da aus Rosbach kommt, äußerst fadenscheinig. Wollte da jemand in aller Stille Fakten schaffen und fühlt sich jetzt durchschaut? Hoffte er auf ein einfach zu erzielendes positives Votum in Rosbach, weil die Betroffenen von nichts wussten und deshalb auch keinen Widerstand äußern konnten, und wollte dann gleich anschließend die Sommerpause nutzen, um das Projekt möglichst weit durch alle Gremien zu bringen? Ganz nach dem Motto „Zu den öffentlichen Anhörungen ist ja kaum jemand erschienen – also scheint es auch kaum jemanden zu stören“? Und nun, da wir Burgholz Häuser Lärm gemacht haben – und zwar keineswegs um „nichts“, sondern um in unseren Augen eklatante Nachteile, die wir um der Profilierungswut eines einzelnen auf uns nehmen sollen –, ist jetzt kein Argument zu schade, um es vorzubringen, sei es noch so zweifelhaft und die Intention, den Gegner mit allen möglichen Mitteln, auch Halbwahrheiten, zu diskreditieren, noch so offensichtlich.

Friedrichsdorf-Burgholzhausen, den 21.5.2017

Monika C. Müller